

René Schneider Seminare
Fortbildung für Fachanwälte für Steuerrecht
Telefon (02 51) 3 99 71 61

René Schneider · Seminare · Breul 16 · 48143 Münster

An

René Schneider Seminare
Breul 16
48143 Münster
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 Uhr bis 21 Uhr

Daten gespeichert. §§ 28, 33 BDSG
USt-IdNr.: DE198574773

19. Februar 2008 – Az. 23685

Der deutsche Steuer- Krieg gegen Liechtenstein

14. Februar 2008 –

Nur ein „Fall Zumwinkel“ oder auch eine verfassungswidrige Aggression gegen Liechtenstein?

Führt Artikel 26 Abs. 1 Satz 1 GG zum Verwertungsverbot der illegal erworbenen Bank-Daten?

Hat das Fürstentum Liechtenstein einen Schadensersatzanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des internationalen Image-Schadens, den die mediale Verwendung der illegal erworbenen Daten durch die Staatsanwaltschaft Bochum im „Fall Zumwinkel“ angerichtet hat?

Die Liechtensteinische Botschaft in Berlin veröffentlichte heute eine Stellungnahme von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und des Liechtensteinischen Regierungschef-Stellvertreters Klaus Tschüscher zu den aktuellen Ereignissen:

"Das Vorgehen der deutschen Behörden wäre in Liechtenstein gesetzlich nicht gedeckt" lautet unisono die Einschätzung des amtierenden Staatsoberhauptes und des Justizministers. Laut Medienberichten hat das deutsche Finanzministerium einem verurteilten Rechtsbrecher Geld für seine aus einer Liechtensteiner Bank gestohlenen Daten zukommen lassen. Justizminister Tschüscher: "Wir lehnen das Vorgehen der deutschen Regierung und ihrer Behörden entschieden ab. Wenn die Medieninformationen stimmen, dann hat der deutsche Finanzminister und eine Reihe von Staatsbediensteten einem verurteilten Rechtsbrecher mehrere Millionen für gestohlene Daten zukommen lassen. Eine derartige Vorgehensweise in Liechtenstein wäre rechtlich völlig undenkbar." Erbprinz Alois: "Bei uns können fiskalische Interessen nicht über rechtsstaatliche Prinzipien gestellt werden."

Deutschland werde mit seinem Angriff auf Liechtenstein nicht das Problem mit seinen Steuerzahlern lösen. Wie gestern aus den deutschen Medien zu entnehmen war, hat eine internationale Studie das deutsche Steuersystem als das schlechteste weltweit eingestuft - noch nach Haiti. Das Staatsoberhaupt weiter: "Deutschland sollte seine Steuergelder besser dafür einsetzen, sein Steuersystem in den Griff zu bekommen, als Millionenbeträge für Daten auszugeben, deren rechtliche Verwertbarkeit zweifelhaft ist."

Eine andere Studie habe nämlich gezeigt: Je bürgernaher und demokratischer ein Staat organisiert ist, desto weniger Probleme hat er mit seinen Steuerzahlern.

René Schneider · Fortbildung für Fachanwälte · Breul 16 · 48143 Münster
Telefon (02 51) 3 99 71 61 · Telefax (02 51) 3 99 71 62

www.muenster-seminare.de

Zwei Berliner Rechtsanwälte zeigten am Dienstag Regierung und BND an.

Auch Erbprinz Alois nannte es fragwürdig, wenn ein Staat Daten unter Bruch der Gesetze eines befreundeten Staates und wahrscheinlich auch unter Bruch seiner eigenen beschafft. "Offensichtlich hat die deutsche Regierung immer noch nicht verstanden, wie man mit befreundeten Staaten umgeht, die eine direkte Demokratie kennen."

René Schneider:

Ich lasse in meinem Seminar für Steuer-Straf-Recht am 8. März 2008 den „Fall Zumwinkel“ ansprechen, und ich hoffe auf eine rege Diskussion der eingangs genannten Fragen:

- Nur ein „Fall Zumwinkel“ oder auch eine verfassungswidrige Aggression gegen Liechtenstein?
- Führt Artikel 26 Abs. 1 Satz 1 GG zum Verwertungsverbot der illegal erworbenen Bank-Daten?
- Hat das Fürstentum Liechtenstein einen Schadensersatzanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des internationalen Image-Schadens, den die mediale Verwendung der illegal erworbenen Daten durch die Staatsanwaltschaft Bochum angerichtet hat?

Liechtenstein ist das sechst-kleinste Land der Welt. Der Anteil der Finanzdienstleistungen an seinem Bruttoinlandsprodukt beträgt 30 Prozent, den Löwenanteil daran erwirtschaften die Banken.

Vor diesem Hintergrund betrifft die medial in Szene gesetzte Aktion der Staatsanwaltschaft Bochum nicht nur den „Fall Zumwinkel“ sondern auch das vitale Interesse des souveränen Fürstentums Liechtenstein, dessen internationales Image als erstklassiger Finanzplatz zumindest schwer beschädigt wenn nicht sogar völlig zerstört wurde.

Ich meine, das ist mehr als nur ein „unfreundlicher Akt“ (*acte peu amicale*), das ist schon eine Qualität der völkerrechtswidrigen Aggression, die durch Artikel 26 Abs. 1 S. 1 GG verboten – also verfassungswidrig – ist. Es muß deshalb sehr intensiv geprüft werden, ob diese Verfassungswidrigkeit einer Verwertung der illegal erworbenen Datensammlung in den Steuer- und Strafverfahren entgegensteht, immerhin wird durch jeden Einzelfall der Verwertung in Deutschland auch die Aggression gegen Liechtenstein immer größerer!

Selbst wenn die in Liechtenstein gestohlene Datensammlung durch den Dieb oder einen Dritten wirklich dem BND angeboten wurde, hätte ich erwartet, daß der Präsident des BND sie höchstens deshalb erwirbt, um sie an seinen liechtensteinischen Kollegen weiterzugeben, wie es unter befreundeten Staaten und ihren Geheimdiensten üblich ist. Insbesondere hätte ich nicht erwartet, daß der Bundesfinanzminister den Ankauf der mutmaßlichen Hehlerware zum Preis von fast 5.000.000,00 Euro billigt, um einen Dieb zu belohnen, und der Staatsanwaltschaft Bochum durch ihr – bewußt und gewollt – plumpes Agieren in den Medien zu ermöglichen, durch den „Fall Zumwinkel“ den guten Ruf und die blühende Wirtschaft des souveränen Staates Liechtenstein in großen Teilen zu ruinieren. Das ist eine völkerrechtswidrige Aggression durch die deutsche Staatsgewalt (*vis compulsiva*), deren Anwendung und Auswirkungen einer Klärung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag unterworfen werden sollte.

Ich wünsche mir deshalb ein solches Verfahren *Liechtenstein versus Germany*, um neue deutsche Steuer- oder Wirtschaftskriege gegen Liechtenstein, die Schweiz und andere souveräne Staaten für die Zukunft unmöglich zu machen.

Fußnoten/Quellen:

1) <http://www.liechtenstein.li/fl-aussenstelle-berlin/fl-aussenstelle-aktuell?newsid=15817>

2) http://de.today.reuters.com/news/newsArticle.aspx?type=topNews&storyID=2008-02-19T161333Z_01_SCH943997_RTRDEOC_0_DEUTSCHLAND-LIECHTENSTEIN-STEUERHINTERZIEHUN.xml